

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Servatiusweg 19-23 · 53332 Bornheim
Bornheim, den 24.12.2019

**An den Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung
der Stadt Bornheim,**

& Herrn Bürgermeister Wolfgang Henseler in Kopie
Rathausstraße 2 in Bornheim

Sehr geehrter Herr Schwarz,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,
hiermit bitten wir Sie auf die Tagesordnung der kommenden
Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung den folgenden Punkt zu nehmen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Bornheim

Dr. Kuhn, Arnd J.
Fraktionsvorsitzender

Hochgartz, Markus
stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Fraktionsgeschäftsstelle
Servatiusweg 19-23, 53332 Bornheim

Tel.: +49 (22 22) 9 95 63 28

Mobil: 0151 20 74 61 04

fraktion-buendnis90-
diegruenen@rat.stadt-bornheim.de

Antrag: „Radverkehrsanteil in Bornheim bis 2025 verdreifachen“

Beschlussvorschlag:

Der Stadt Bornheim macht sich die zentrale Forderung der erfolgreichen NRW-Volksinitiative des Aktionsbündnisses „Aufbruch Fahrrad“ Fahrrad zu Eigen: Verbesserung der Rahmenbedingungen um eine Steigerung des Radverkehrsanteils von derzeit 8 auf 25 % bis 2025 zu erreichen: Dies entspricht einer Verdreifachung des Radverkehrsanteils in den nächsten 5 Jahren.

Mit diesem grundsätzlichen Beschluss und den daraus zu folgernden Konsequenzen und möglichen Umsetzungsstrategien wird der AK Radverkehr beauftragt. Dieser wird zum Ende des ersten Halbjahres des Jahres 2020 dem StEA, dem UA und dem Rat seine Handlungsempfehlungen vorstellen und erläutern. Die planerischen und finanziellen Konsequenzen sollen in nachfolgende Planungen u. a. für den geplanten Doppelhaushalt 2021/22 eingebracht werden.

Begründung

Am 20. Nov. 2019 hat der Verkehrsausschuss des Landtags NRW einstimmig für ein Radverkehrsgesetz votiert und übernimmt die Forderungen vom Aktionsbündnis „Aufbruch Fahrrad“. In seiner Plenumsitzung am 18. Dezember ist der Landtag mit großer Mehrheit der Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses gefolgt und hat die Landesregierung damit beauftragt, ein Radverkehrsgesetz auszuarbeiten. **Damit wurde zum ersten Mal in NRW einer Volksinitiative im Landtag zugestimmt. Die Forderungen der Volksinitiative sollen dabei in das Radverkehrsgesetz einfließen.**

Das Aktionsbündnis „Aufbruch Fahrrad“ wurde 2017 vom gemeinnützigen Verein RADKOMM e.V. aus Köln gegründet und mobilisierte zahlreiche weitere Verbände, wie z. B. den ADFC und Bürgerinnen und Bürger in NRW. Innerhalb kurzer Zeit wurden von

dem Aktionsbündnis über 200.000 Unterstützer-Unterschriften gesammelt, die dem Landtag übergeben wurden.

Zentrales Ziel des Aktionsbündnisses „Aufbruch Fahrrad“ ist es, den Radverkehrsanteil in NRW von derzeit 8 % bis 2025 auf 25 % zu steigern.

Neun Maßnahmenpakete für NRW zur Umsetzung dieser zentralen Forderung identifizierte dabei das Aktionsbündnis:

- 1) mehr Verkehrssicherheit auf Straßen und Radwegen
- 2) NRW wirbt für mehr Radverkehr
- 3) 1000 Kilometer Radschnellwege für den Pendelverkehr
- 4) 300 Kilometer überregionale Radwege pro Jahr
- 5) Fahrradstraßen und Radinfrastruktur in den Kommunen
- 6) mehr Fahrrad-Expertise in Ministerien und Behörden
- 7) kostenlose Mitnahme im Nahverkehr
- 8) Fahrradparken und E-Bike Stationen
- 9) Förderung von Lastenrädern.

Nach Aussagen des Aktionsbündnisses hat NRW alle Voraussetzungen für den Umstieg auf eine moderne Fahrradmobilität:

- NRW ist die am dichtesten besiedelte Fläche in Europa
- NRW ist in den Ballungsräumen flach wie die Niederlande
- in den Städten sind die Hälfte der Fahrten mit dem PKW kürzer als fünf Kilometer
- fast 1/3 der bundesweiten Staukilometer entfielen 2016 auf Nordrhein-Westfalen (28%)
- mit Radschnellwegen wie dem RS1 oder der Nordbahntrasse in Wuppertal haben Pionier-Regionen gezeigt, was möglich ist.

Nähere Erläuterung siehe auch Webseite des Aktionsbündnisses „Aufbruch Fahrrad“:

<https://www.aufbruch-fahrrad.de/>

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Arnd J. Kuhn (Fraktionsvorsitzender) & Fraktion „Bündnis90/DieGrünen“